



Presseschau vom 04.04.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **Analyst: Golddeckung für Rubel könnte sich als "Game Change" erweisen**
Die Kopplung der Währung an Gold und Energie ist ein Paradigmenwechsel für die Weltwirtschaft, so ein Edelmetallanalyst gegenüber RT.

<https://kurz.rt.com/2we6> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **US-Rüstungsindustrie sieht längerfristigen Nutzen im Ukraine-Krieg: US-Senatoren verdienen mit**

Während die Menschen in der Ukraine an den Folgen des Ukraine-Krieges leiden, erwartet die Rüstungsindustrie riesige Gewinne. US-Senatoren nutzten ihr Insiderwissen und investierten schnell. ...

<https://kurz.rt.com/2wg5> bzw. [hier](#)

Bernhard Loyer: **Human Rights Watch: Unabhängig und neutral im Ukraine-Konflikt?**

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) veröffentlichte einen aktuellen Bericht zu vermeintlichen Kriegsverbrechen seitens des russischen Militärs. Worauf basieren die Erkenntnisse, und erfolgte diese Auflistung aus einer Position neutraler Unabhängigkeit? Welche Rolle spielt eigentlich George Soros für HRW? ...

<https://kurz.rt.com/2wg7> bzw. [hier](#)

Seyed Alireza Mousavi: **Regierungskrise in Pakistan: Wie wurde Imran Khan im Westen auf einmal zum Bösewicht?**

Unter der Khan-Regierung hat Pakistan in letzter Zeit versucht, sich für eine multipolare Welt einzusetzen, frei von der Hegemonie der USA. Das Land ist der bevölkerungsreichste muslimische Staat und eine nuklear bewaffnete Nation, die ihre historische Rivalität mit Indien aufrechterhält. Inmitten des Ukraine-Krieges warten nun turbulente Zeiten auf das Land. Aber warum? ...

<https://kurz.rt.com/2wg6> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

2:15 (1:15) ria.ru: **Serbien wird versuchen, freundschaftliche Beziehungen zu Russland aufrechtzuerhalten – Vučić**

Serbien werde versuchen, partnerschaftliche und freundschaftliche Beziehungen zu Russland aufrechtzuerhalten, sagte Staatschef Aleksandar Vučić nach der Erklärung des Sieges bei den Präsidentschaftswahlen.

Am Montagabend erklärte Vučić den Sieg in der ersten Runde der Präsidentschaftswahl mit rund 60 Prozent der Stimmen. Die serbische Fortschrittspartei, die er leitet, erhält ebenfalls über 40 % der Wählerstimmen, was es ihr ermöglicht, die neue Regierung des Landes zu bilden.

In einer Ansprache an die Anhänger in der Parteizentrale erinnerte Vučić daran, dass Belgrad Militärbündnissen gegenüber neutral sei und "diese Politik fortsetzen wird".

„Ich kann Ihnen versprechen, dass wir Dostojewski nicht aus den Schulen und Tschaikowski nicht aus der Oper werfen werden. Serbien wird versuchen, partnerschaftliche und freundschaftliche Beziehungen zu Russland aufrechtzuerhalten“, sagte der serbische

Staatschef dem Publikum.

Er bemerkte auch, dass Serbien auf einem europäischen Weg sei und mit guten Beziehungen in der Region "traditionelle freundschaftliche Beziehungen nicht verlieren sollte".



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e5/0b/19/1760766618_0:0:2417:1360_1280x0_80_0_0_f5aba2982129a3ba85b44cafb2e82bef.jpg

4:30 (3:30) rusvesna.su: **Die USA haben die Öllieferungen aus Russland innerhalb einer Woche um 43 % erhöht und Europa verboten, dasselbe zu tun**

Allein in der vergangenen Woche erhöhten die US-Behörden die Öllieferungen aus Russland um 43 %. Dies wurde vom stellvertretenden Sekretär des Sicherheitsrates der Russischen Föderation Michail Popow mitgeteilt.

„Die Vereinigten Staaten haben die Europäer gezwungen, antirussische Sanktionen zu verhängen, während sie selbst nicht nur weiterhin Öl aus Russland importieren, sondern auch die Menge an ‚schwarzem Gold‘ in der vergangenen Woche um 43 % auf bis zu 100.000 Barrel pro Tag erhöht haben!

Darüber hinaus erlaubte Washington seinen Unternehmen, Mineraldünger aus Russland zu importieren, und erkannte dies als lebenswichtige Güter an“, sagte Popow in einem Interview mit der Zeitung Komsomolskaja Prawda.

Der stellvertretende Sekretär des Sicherheitsrates warnte davor, dass die europäischen "Freunde" Amerikas weitere ähnliche "Überraschungen" von den Vereinigten Staaten erwarten sollten. Er stellte fest, dass Washington es Europa nicht erlaube, "ähnliche Maßnahmen zu ergreifen".

vormittags:

7:00 (6:00) rusvesna.su: **Ukrainer "beschossen" Odessa mit Hilfe eines russischen Museumsschiffs**

Ukrainische Telegram-Kanäle veröffentlichten ein [Video](#), in dem „ein russisches Kriegsschiff in Sewastopol das Feuer mit Raketen auf Odessa eröffnet“.

Es stellte sich heraus, dass das russische Schiff der als Museum dienende leichte Kreuzer „Michail Kutusow“ war, der 2002 außer Dienst gestellt und zum ewigen Liegeplatz in der Nähe des Novorossiysk-Damms gebracht wurde.

Die Raketen im Video sind das übliche Aufflackern von Autoscheinwerfern, das in der Kamera sichtbar wird - das Aufflackern erscheint unter dem Schiff.

Es ist bemerkenswert, dass die Ukrainer bereits vor zwei Wochen Angst vor dem alten Kutusow hatten und ähnliche Videos mit „Beschuss von der Krim“ veröffentlichten.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/nA8RNqr_VKqCbEuoHTWNRwvOYdPb5AYGAE0rB3IYG_C_VhQP5rgURpJyNvUGnmaIOv9P2qurt0RMAo_VAO6pHif82O2k4YB8lqAkrmBadJKGPeNuYrs614G0AmgFeG8xrjvhahwN26pqAz-8nJfMI4eVgba8qi82e7-Uiuh1mEfV0CREptbxJ4frbMtmxe8VlxCRZdGWwxkxkJ5dXWnZ67RpXEjFwvwnsY5cIRB8CDpJqNeKBppDK62YojbhhJKar6qxW11H2LMQH8PMLhksU2C2m220p4zAUToTxtTVig1ptS5puBdyvFSuKHBK3FikUmntpZSnCSucA0k-XQu1o3w

7:10 (6:10) ria.ru: **Der Anteil des Rubels am Handel der EAWU-Länder übersteigt zwei Drittel**

Der Anteil des Rubels am Handel der Länder der Eurasischen Wirtschaftsunion übersteigt bereits zwei Drittel, und es besteht die Möglichkeit, ihn zu erhöhen, sagte Sergej Glasjew, Minister für Integration und Makroökonomie der Eurasischen Wirtschaftskommission, in einem Interview mit RIA Nowosti.

„Wenn wir über den gegenseitigen Handel sprechen, dann wurden bei den internen gegenseitigen Abrechnungen der EAWU-Länder ernsthafte Fortschritte erzielt: Im Zeitraum von 2013 bis 2020 stiegen die Zahlungen in Landeswährung von 63 auf 74 Prozent. Russland verwendet Rubel, um 82 Prozent des Handelsumsatzes mit Weißrussland zu bezahlen, 63 Prozent mit Kasachstan und 58 Prozent mit Kirgisistan“, sagte er.

Laut dem Gesprächspartner der Agentur seien die Möglichkeiten der Verwendung der Landeswährung damit nicht ausgeschöpft. Derzeit werden 40 Prozent des Handelsumsatzes mit Kirgisistan in Dollar abgewickelt. Die amerikanische Währung belegt im Handel mit Kasachstan und Weißrussland den zweiten Platz - 28 bzw. neun Prozent.

Gleichzeitig räumte er ein, dass im Handel der EAWU außerhalb Russlands das Verbreitungsniveau des Rubels viel geringer ist.

„Die einzige Ausnahme ist die Republik Belarus, die den Rubel in fast einem Drittel der Handelstransaktionen mit den EAWU-Ländern außerhalb Russlands verwendet“, sagte Glasjew.

Eine weitere Erhöhung des Anteils der nationalen Währungen an den gegenseitigen Abrechnungen der EAWU-Länder werde seiner Meinung nach von der Vertiefung ihrer Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, von der Struktur des Handels und dem Grad seiner Diversifizierung abhängen.

„Darüber hinaus wird der Kurs zur De-Dollarisierung der EAWU-Länder von der Fähigkeit der Länder abhängen, das Niveau externer Risiken zu reduzieren, und von der Umsetzung einer Reihe unterstützender Maßnahmen, wie der Integration nationaler Zahlungssysteme, der Absicherung von Wechselkursrisiken und Gewährleistung der Devisenliquidität in direkten Währungspaaren“, schloss er.

Der Vertrag über die Eurasische Wirtschaftsunion ist am 1. Januar 2015 in Kraft getreten. Armenien, Weißrussland, Kasachstan, Kirgisistan und Russland haben den Status von EAWU-Mitgliedstaaten. Am 14. Mai 2018 erhielt Moldawien den Status eines Beobachterstaates. Im Dezember 2020 wurde Usbekistan und Kuba Beobachterstatus bei der Eurasischen Wirtschaftsunion gewährt.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e5/08/0d/1745699464_0:317:3078:2048_1280x0_80_0_0_e6388fb369704d4a1c0149fdd1345f8a.jpg

7:30 (6:30) rusvesna.su: **Russland bereitet ein Programm zur Repatriierung von einheimischen Spezialisten vor**

Russland bereitet ein neues Programm zur Rückführung hochqualifizierter Fachkräfte vor, die in ihre Heimat zurückkehren wollen, berichtet die Zeitung „Iswestija“ unter Berufung auf mit der Diskussion vertraute Quellen.

„Russland bereitet ein neues Programm für die Rückkehr von Landsleuten vor – hochqualifizierte Spezialisten, die sich jetzt in fremden Ländern unwohl fühlen und in ihre historische Heimat zurückkehren wollen“, schreibt die Zeitung.

Laut der Veröffentlichung bewerben sich Russen, die ins Ausland gezogen sind, bei russischen Ämtern. Sie beschwerten sich, dass es ihnen „unwohl ist, in einigen Staaten zu sein, in denen Druck auf Russen erlaubt ist“.

Es wird darauf hingewiesen, dass es unter diesen Bürgern viele hochqualifizierte Spezialisten gibt, die die russische Wirtschaft braucht.

„Im Zusammenhang mit dem zunehmenden Druck auf im Ausland lebende Russen gibt es Bitten von hochqualifizierten Spezialisten, zurückzukehren. Diese Aufrufe sind ziemlich massiv, daher entstand die Idee mit Programmen zur Rückkehr solcher Menschen, die Wissen und Erfahrungen aus dem Ausland mitbringen könnten. Und es gibt definitiv eine Nachfrage nach ihnen“, heißt es in dem Artikel.

Die von Unternehmen am meisten nachgefragten Bereiche sind IT-Spezialisten, Ingenieure und Techniker“, so das Arbeitsministerium.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/lyudi_s_chemodanami.jpg

7:05 de.rt.com: **Sacharowa: Ziel der Provokation von Butscha ist Störung der Friedensgespräche**

Die Störung der Friedensgespräche zwischen Russland und der Ukraine sei der Grund für das von Kiew in der ukrainischen Stadt Butscha verübte Verbrechen. Das verkündete die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa am Sonntag. Auf Telegram schrieb sie:

"Die Bedeutung eines weiteren Verbrechens des Kiewer Regimes ist die Unterbrechung der Friedensgespräche und eine Eskalation der Gewalt."

Sacharowa erinnerte daran, dass Russland im Zusammenhang mit dem Vorfall eine Sitzung des UN-Sicherheitsrates beantragt hatte. Die Diplomatin nannte den Vorfall eine "Provokation durch das ukrainische Militär und Radikale".



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624a782148fbef4c030d63b7.jpg>

7:20 de.rt.com: **Russischer Botschafter: USA verheimlichen ukrainischen Beschuss von Butscha nach Abzug russischer Truppen**

In der Zeit, in der die ukrainische Siedlung Butscha unter der Kontrolle der russischen Streitkräfte stand, sollen keine Zivilisten zu Schaden gekommen sein. Die USA würden jedoch über den Beschuss des Ortes durch die ukrainischen Streitkräfte nach dem Abzug der russischen Truppen, der zu Opfern unter der Bevölkerung hätte führen können, verschweigen. Darauf wies der russische Botschafter in den USA Anatoli Antonow am Sonntag auf eine Frage von Newsweek hin. Mit Blick auf Berichte über angebliche Morde an Zivilisten in Butscha durch das russische Militär erklärte er:

"Diese falschen Anschuldigungen wurden vom russischen Verteidigungsministerium bereits vollständig widerlegt."

"Ich möchte Sie daran erinnern, dass das russische Militär die Stadt Butscha bereits am 30. März verlassen hat. Die ukrainischen Behörden haben die ganze Zeit geschwiegen, und jetzt tauchen sie plötzlich mit sensationellem Filmmaterial auf, um Russland zu verleumden."

"Ich möchte mit voller Überzeugung betonen, dass während der Zeit, in der die besagte Siedlung unter der Kontrolle der Streitkräfte der Russischen Föderation stand, kein einziger Einwohner Opfer von Gewalttaten wurde. Im Gegenteil, unsere Militäreinheiten haben 452 Tonnen humanitäre Hilfe an die Bürger geliefert."

"Gleichzeitig wurde von den USA bewusst verschwiegen, dass die ukrainische Armee unmittelbar nach dem Rückzug der russischen Truppen die Stadt Butscha unter Artilleriebeschuss nahm. Dies hätte zu Opfern unter der Zivilbevölkerung führen können. Es ist also offensichtlich, dass das Kiewer Regime versucht, die Schuld für alle seine Gräueltaten auf Russland abzuwälzen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624a746b48fbef48e9564e86.jpg>

7:50 de.rt.com: **Oberster Gerichtshof Russlands billigt Gesetzesänderungen, die Umsetzung von Sanktionen in Russland unter Strafe stellen**

Der Oberste Gerichtshof Russlands hat die Änderungsanträge der Parlamentarier zur Einführung einer strafrechtlichen Verantwortung für die Umsetzung von Sanktionen auf dem Territorium der Russischen Föderation bestätigt. Dies teilte Andrei Klitschas, Leiter des Ausschusses für Verfassungsgesetzgebung und Staatsaufbau des Föderationsrates, am Montag mit.

9:06 (8:06) ria.ru: **Rogosin forderte die NATO auf, nicht zu vergessen, dass Russland sie aus dem Weltraum beobachtet**

Am Jahrestag der NATO-Gründung sagte Dmitri Rogosin, Generaldirektor von Roskosmos, dass das Bündnis die größte Bedrohung für die Welt sei, und forderte dessen Mitglieder auf, sich daran zu erinnern, dass Russland sie aus dem Weltraum beobachte.

„Ich möchte, dass meine alten Bekannten aus der Arbeit in Brüssel, insbesondere (NATO-Generalsekretär Jens. – Red.) Stoltenberg, ihr Büro am NATO-Geburtstag anhand eines Satellitenbildes der Raumsonde Roskosmos bewundern. Kinder wir beobachten euch. Denkt daran“, schrieb Rogosin auf seinem Telegram-Kanal.

Er fügte dem [Post](#) ein Satellitenbild des Hauptquartiers der Allianz in Brüssel bei, aufgenommen vom russischen Satelliten Resurs-P.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/v4266xhRExs4XITDSrNScph8p399sgra-t7Xj_InjqkahYXMD0Xwwf1lQK3rujSXgmKp1Ca85sscD22alY38GZrz9SV8gB8UrsAlkS1w058Qmn4LO67NqORINPl5saFPp2qwWleGLosGpxXwHriG19rz9INGGq_J3MlxOEKTMthW16C_zzZAs2a-h8wqwUpFw8ALsVhIgrdDg6pqhm5jI-JN73NhZx0aDS8PiURJw9dr8QHnUMvwTYLNaWaSfuOv6jVVtCQ0Wj0DmlY1wxcQY6RsyVnOG8HfKsA5Ku5L1E_RXICQk2wlpOUVjUgGuR_2ZDI0riCJwaFPK5zwWpn3Mg.jpg

Rogosin erinnerte daran, dass am 4. April 1949 Vertreter von zwölf Ländern – Belgien, Großbritannien, Dänemark, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Portugal, die USA und Frankreich – den Nordatlantikvertrag unterzeichneten. „So wurde die NATO geboren – die Hauptbedrohung für die ganze Welt nach dem Zweiten Weltkrieg“, sagte der Generaldirektor von Roskosmos.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e4/0b/02/1582705752_0:51:3114:1802_1280x0_80_0_0_17288e85ae103bdb0ce06bd0b0b205fe.jpg

8:59 (7:59) rusvesna.su: **Wahlsieger Orban nannte Selenskij einen Feind**

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban nannte Wladimir Selenskij in seiner Rede

nach den Wahlen seinen Feind und rechnete ihn neben George Soros zu denjenigen, die die Wiederwahl seiner Partei verhindern wollten.

„Wir haben einen so großen Sieg errungen, dass er vom Mond aus sichtbar ist, aber definitiv von Brüssel aus.

Die christdemokratische Nationalitätenpolitik hat gewonnen, und wir können Brüssel sagen, dass dies nicht die Vergangenheit, sondern die Zukunft ist“, sagte Orban.

Große internationale Machtzentren hätten sich gegen das ungarische Regime aufgestellt, sagte er und erklärte, dass "jeder Cent, den sie der ungarischen Linken gegeben haben, verschwendetes Geld war".

Wörtlich sagte Orban: „Selenskij ist mein Feind“, auf Ungarisch klingt es wie Ellenfél, was auch mit Gegner übersetzt werden kann.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/origin_wm/public/1_zelenskiy_2.jpg

8:40 de.rt.com: **Russischer Botschafter: Moskau schätzt Ankaras Bemühungen, Gespräche über die Ukraine zu erleichtern**

Russland schätzt die Bemühungen der Türkei zur Förderung des Verhandlungsprozesses mit der Ukraine sehr. Dies verkündete der russische Botschafter in der Türkei Alexei Jerchow am Montag in einem Interview mit der Zeitung Aydınlık. Der Diplomat erklärte:

"Was wird als Nächstes passieren? Russland wird weiterhin darauf drängen, dass die Ukraine freundlich gesinnt und entmilitarisiert wird, dass sie ein Staat wird, in dem kein weiterer Nazi-Staat droht und die russische Sprache, Kultur und orthodoxe Kirche nicht verboten werden. Damit die Ukraine nicht wieder zu einem Gebiet des westlichen 'Drangs nach Osten' wird, der heute in Form des Vorgehens der NATO und ihrer manischen Expansionsbesessenheit verkörpert wird."

"Im Namen dieser Ziele gehen unsere Soldaten vorwärts, und es finden auch Verhandlungen statt, von denen eine weitere Runde dieser Tage in Istanbul stattfand."

"Ich möchte betonen, dass wir die Bemühungen der Türkei um eine Verhandlungslösung sehr zu schätzen wissen, weshalb wir uns bereit erklärt haben, eine weitere Runde hier in der

Türkei abzuhalten."

Der Botschafter erklärte, es sei falsch, zu erwarten, dass "alle offenen Fragen, über die keine Einigung erzielt wurde, über Nacht mit einem Zauberstab gelöst werden". Er fügte hinzu: "Objektiv gesehen wird noch viel akribische Arbeit nötig sein, um Positionen und Formulierungen zu harmonisieren. Die russische Seite ist zu einer solchen Arbeit bereit – ohne ihre Grundsätze aufzugeben und natürlich in dem Wissen, dass es eine entgegenkommende Bewegung geben wird. Wir zählen auch auf die positive Unterstützung unserer Freunde, einschließlich der Türkei."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624a8be248fbef54e17ee3a4.jpg>

10:05 (9:05) ria.ru: **Politologe Susdalezew: Provokation in Butscha wird nach dem Vorbild von Srebrenica koordiniert**

Die Provokation im ukrainischen Butscha werde von Kiew zusammen mit Washington nach dem Vorbild des jugoslawischen Srebrenica organisiert, um antirussische Sanktionen zu rechtfertigen, sagte der russische Politikwissenschaftler Andrej Susdalezew gegenüber RIA Novosti.

Zuvor hatte die offizielle Vertreterin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, erklärt, dass der Zweck des Verbrechens der ukrainischen Radikalen in Butscha darin bestehe, die Friedensgespräche zu stören.

„Diese Provokation ist darauf zurückzuführen, dass Kiew gespannt auf den Ausgang der Kämpfe im Donbass wartet. Kiew und Washington organisieren dies und versuchen, die Spezialoperation mit solchen Provokationen zu stoppen. Es gibt sogar Konkurrenz zwischen Kiew und Washington, wer sie zuerst stoppen kann. Es ist extrem wichtig für Washington zu zeigen, dass die westliche Welt dominiert, aber die Durchführung der Spezialoperation zeigt, dass es keine solche Herrschaft gibt“, sagte der Experte.

Seinen Worten zufolge wolle man in Kiew und Washington Russland zu einem "Teufel der Hölle" machen, um die gegen Russland verhängten Sanktionen zu rechtfertigen.

„Sie folgen dem Modell des Jugoslawienkriegs – sie schaffen ein ‚ukrainisches Srebrenica‘. (Wladimir) Selenskij lädt die ehemalige Bundeskanzlerin (von Deutschland Angela) Merkel nach Butscha ein. Das ist eine reine Provokation, die in die ukrainischen Lehrbücher eingehen wird.“ sagte Susdalezew.

Der Aufruf Russlands an den UN-Sicherheitsrat mit der Bitte um Durchführung einer Untersuchung werde laut dem Experten zu keinem Ergebnis führen, weil der Westen Russland „trotzdem nicht glauben will“ und „nichts hört“.

Zuvor verbreiteten die ukrainischen Behörden und die Medien ein Video, das angeblich in der Stadt Butscha in der Region Kiew gedreht wurde, worin Leichen auf der Straße liegen.

Betrachter bemerkten, dass die „Toten“ ihre Arme bewegten und ihre Gliedmaßen verschoben, um nicht unter die Räder militärischer Ausrüstung zu geraten. Außerdem sieht

man im Rückspiegel des Wagens des Filmers, wie einer der „Toten“ aufsteht, sobald der Wagen vorbeigefahren ist.

Das Verteidigungsministerium der Russischen Föderation erklärte, dass alle vom Kiewer Regime veröffentlichten Fotos und Videomaterialien, die angeblich irgendeine Art von „Verbrechen“ durch russisches Militärpersonal in der Stadt Butscha in der Region Kiew bezeugen, „eine weitere Provokation“ seien. Wie in der Behörde festgestellt wurde, habe während der Zeit, in der diese Siedlung unter der Kontrolle der russischen Streitkräfte stand, kein einziger Anwohner unter gewalttätigen Aktionen gelitten. Das Ministerium stellte fest, dass alle russischen Einheiten Butscha am 30. März vollständig verlassen hatten und die Ausgänge aus der Stadt in nördlicher Richtung nicht blockiert waren, während die südlichen Außenbezirke, einschließlich der Wohngebiete, rund um die Uhr von ukrainischen Truppen mit großkalibriger Artillerie, Panzern und Mehrfachraketenwerfern beschossen wurden.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/04/03/1781559964_0:320:3072:2048_1280x0_80_0_0_0ef2d1d6360a07b50fde1382f1875b84.jpg

11:00 (10:00) ria.ru: **Experte erläuterte den Grund für die Aufhebung der Sanktionen gegen russische Düngemittel**

Die Entscheidung der US-Behörden, die Sanktionen gegen Düngemittel aus Russland aufzuheben, sei eine verständliche und erzwungene Maßnahme, sagt Oleg Syrowatkin, ein führender Analyst in der globalen Forschungsabteilung von „Otkrytie Investizii“, gegenüber der Agentur „[Prime](#)“.

Der Experte erklärte, dass die Fortsetzung der Sanktionen zu einem noch stärkeren Anstieg der Preise für landwirtschaftliche Produkte führen würde, die ohnehin bereits steigen, was die Nahrungsmittelinflation beschleunigen würde, die ein globales Problem darstelle.

Angesichts der Beschleunigung der Inflation in den europäischen Ländern wäre es vernünftig, die Zölle auf russische Düngemittel durch die Europäer zu senken, stellt Syrowatkin fest.

„Es ist jedoch auch zu bedenken, dass die EU eine härtere Sanktionspolitik gegenüber der Russischen Föderation verfolgt, so dass die Europäer nicht unbedingt ähnliche Schritte wie die USA unternehmen werden“, schloss er.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e5/0b/10/1759240177_0:0:3107:1749_1280x0_80_0_0_ff3d01acd6211ba7fedfe1f210e1a7ee.jpg

11:26 (10:26) novorosinform.org: **Streitkräfte der DVR befreiten Nowobachmutowka**

Das Dorf Nowobachmutowka im Gebiet Jasinowataja wurde von den Streitkräften der DVR befreit. Dies erklärte der offizielle Vertreter des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation, Generalmajor Igor Konaschenkow.

Er stellte fest, dass die Truppen der DVR, die eine Offensive entwickelten, das befestigte Gebiet eroberten und die Siedlung befreiten, während die 25. Luftlandebrigade der Streitkräfte der Ukraine Verluste erlitt.

Gleichzeitig rückten Einheiten der LPR 2 Kilometer vor und blockierten die Siedlung Nowotoschkowsskoje. Darüber hinaus zerstörte ein Luftangriff den Kommandoposten der 24. separaten mechanisierten Brigade der Streitkräfte der Ukraine im Gebiet Lisitschansk.



https://novorosinform.org/content/images/23/37/42337_720x405.jpg

10:32 de.rt.com: **"Mehr Sanktionen, mehr tödliche Waffen" – Hillary Clinton will Druck auf Russland erhöhen**

Die ehemalige US-Außenministerin Hillary Clinton fordert mehr Druck auf Russland. Auch gegen neutrale sowie russlandfreundliche Länder müsse man vorgehen. Diese müssten zu der Erkenntnis gelangen, dass sie sich gegen Moskau zu wenden haben, so Clinton.

Angesichts der Lage in der Ukraine fordert die ehemalige US-Außenministerin Hillary Clinton härtere Sanktionen gegen Russland. Außerdem sollte der Druck auf Saudi-Arabien, China und weitere Länder erhöht werden, um sie auf die Anti-Moskau-Linie zu bringen.

Clinton sagte am Sonntag in einem Interview mit NBC News:

"Wir müssen schneller mehr Sanktionen gegen Russland verhängen und versuchen, mehr Länder davon zu überzeugen, dass es in ihrem Interesse ist, das zu unterstützen."

"Ich denke, es ist an der Zeit, den Druck zu erhöhen."

Obwohl US-Präsident Joe Biden und weitere westliche Staatsoberhäupter die beispiellose Härte der bereits verhängten Sanktionen hervorgehoben haben, betonte Clinton, dass diese nicht weit genug gingen.

Die einzige Möglichkeit, das Blutvergießen in der Ukraine zu beenden, sei, alles in der Macht Stehende zu tun, um Putin noch höhere Kosten aufzuerlegen. Sie erklärte:

"Es kann mehr getan werden, um den Druck und den Stress zu erhöhen. Zusätzliche Sanktionen, mehr Hilfe in Form tödlicher Waffen."

Außerdem schlug Clinton vor, mehr russische Banken vom SWIFT-System für internationale Transaktionen auszuschließen. Sie sagte auch, dass mehr getan werden könne, um Russlands Öl- und Erdgasverkäufe zu unterbinden. Moskau solle aus der G20 ausgeschlossen werden.

Clinton hob hervor:

"Ich würde es nicht zulassen, dass Russland in die Organisation zurückkehrt."

Sie fügte hinzu, dass sie russischen Vertretern die Teilnahme am G20-Gipfel in Indonesien in diesem Jahr verbieten würde:

"Wenn sie darauf bestehen würden, buchstäblich dort aufzutauchen, würde ich hoffen, dass es einen bedeutenden, wenn nicht gar totalen Boykott geben würde."

Die ehemalige US-Außenministerin, die neben anderen angeblichen Schuldigen wiederholt den Kreml für ihre Niederlage gegen Donald Trump bei den US-Präsidentschaftswahlen 2016 verantwortlich gemacht hat, forderte auch eine persönliche Bestrafung des russischen Präsidenten Wladimir Putin.

NBC-Moderator Chuck Todd unterstellte Saudi-Arabien, sich auf die Seite Putins gestellt zu haben, weil sich die saudische Führung geweigert habe, die Ölproduktion zu erhöhen. Daher könnten die westlichen Länder die russischen Lieferungen nicht unterbrechen. Clinton sagte dazu, sie sei "enttäuscht" von Riads Entscheidung und forderte, den Druck auf das OPEC-Mitglied zu erhöhen, um es für die Anti-Russland-Agenda des Westens zu gewinnen. Sie erklärte:

"Ich würde sicherlich alles tun, was mir zur Verfügung steht, um zu versuchen, mehr Überzeugungsarbeit zu leisten, wenn Sie so wollen, und über Konsequenzen zu sprechen."

"Ich denke, man muss Zuckerbrot und Peitsche einsetzen."

"Wir befinden uns gerade in einer existenziellen Krise."

Die Politikerin beklagte auch, dass andere große Länder, darunter China und Indien, weiterhin russische Energieprodukte importieren, während sie "versuchen, herauszufinden, auf welcher Seite sie in dieser Sache stehen". Sie rief dazu auf, den Druck auf neutrale oder russlandfreundliche Länder zu erhöhen, damit diese erkennen, dass sie sich gegen Moskau wenden sollten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624aa39a48fbef589c5488c7.jpg>

10:55 de.rt.com: **Polens Premierminister: Deutschland größter Hemmschuh für schärfere Russland-Sanktionen**

Deutschland sei der Haupthinderungsgrund für die Verhängung härterer Sanktionen gegen Russland, sagte Polens Premierminister Mateusz Morawiecki am Montag auf einer Pressekonferenz. Er erklärte:

"Die Haupthemmschuhe sind die großen Länder, die Angst um ihr Geschäft, Angst vor den Konsequenzen oder vielleicht etwas anderem haben. Die Haupthemmschuhe sind die größten und reichsten Länder Westeuropas."

Hingegen habe Ungarn die Strafmaßnahmen nicht behindert, fügte Morawiecki mit Blick auf den Sieg des ungarischen Regierungschefs Viktor Orbán bei den Wahlen am Sonntag hinzu. Zuvor war Orbán wegen seiner unzureichend harten Haltung gegenüber Russland im Ukraine-Konflikt in Kritik geraten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624aaa48b480cc4adf241bd4.jpg>

11:45 de.rt.com: **Medienbericht: Volkswagen könnte ab Sommer wieder in Russland produzieren**

Die Volkswagen-Werke an den beiden Standorten Kaluga und Nischni Nowgorod könnten ihren Betrieb ab kommenden Sommer wieder fortsetzen. Das berichtet die Zeitung

Wedomosti am Montag unter Berufung auf Quellen, die mit den Plänen des Autokonzerns vertraut sein wollen.

Volkswagen betreibt in Kaluga südwestlich von Moskau und im weiter östlich gelegenen Nischni Nowgorod eine eigene Autofertigung. Anfang März teilte der Konzern mit, sein Russlandgeschäft wegen des Ukraine-Krieges auszusetzen. Die Produktion in und der Export von Fahrzeugen nach Russland werde bis auf Weiteres eingestellt. Gleichzeitig versicherte VW, dass die betroffenen Beschäftigten eine angemessene Lohnfortzahlung erhalten würden. Inzwischen drohte Russland westlichen Unternehmen, die das Land verlassen, mit einer Verstaatlichung ihrer Betriebe und Produktionsstätten.

Am Montag berichtete die russische Zeitung Wedomosti, dass die beiden Standorte ihren Betrieb im Sommer 2022 wieder aufnehmen könnten. Im Juni sollen nach dem Bericht die Fließbänder wieder in Betrieb genommen werden. Wedomosti beruft sich dabei auf zwei Gesprächspartner, die mit den Plänen des deutschen Autokonzerns vertraut sein wollen. Wie eine der Quellen mitteilte, habe das Unternehmen seinen Produktionsplan für 2022 in Russland noch nicht gekürzt. Den Beschäftigten des Konzerns Volkswagen Group Rus sei mitgeteilt worden, dass die Ausfallzeit vorläufig bis zum 12. Mai dauert, voraussichtlich aber bis Juli verlängert werde. Der Grund dafür sei ein Mangel an Bauteilen, der darauf zurückzuführen sei, dass Polen sie nicht über die weißrussisch-polnische Grenze lasse. Die Lieferung der Komponenten nach Istanbul und weiter über Georgien nach Russland werde derzeit in Betracht gezogen. Man hoffe, bis Mitte Mai eine Lösung hierfür zu finden, heißt es in dem Bericht.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624aade0b480cc4a59153edf.jpg>

nachmittags:

12:00 de.rt.com: **Großbritannien lehnt Sitzung des UN-Sicherheitsrates wegen Ereignissen in Butscha ab**

London hat seine Zustimmung dafür verweigert, eine Sitzung des UN-Sicherheitsrates im Zusammenhang mit dem Vorfall in der ukrainischen Stadt Butscha einzuberufen. Dies teilte die russische Außenamtssprecherin Maria Sacharowa auf ihrem Telegram-Kanal mit. Sie schrieb:

"Gestern hat Großbritannien, das den Vorsitz im UN-Sicherheitsrat innehat, in schlimmster britischer Tradition nicht zugestimmt, eine Sitzung des Sicherheitsrates über die Situation in Butscha abzuhalten."

Sacharowa fügte hinzu, dass Russland am Montag erneut eine Sitzung des Rates "wegen krimineller Provokationen der ukrainischen Militärs und Radikalen in dieser Stadt" beantragen werde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624ac8d148fbef775e40efd3.jpg>

13:00 (12:00) ria.ru: **China plant, russisches LNG mit einem Rabatt zu kaufen – Medien**

Chinesische Importeure von verflüssigtem Erdgas (LNG) wollen den Rohstoff in Russland kaufen, da er mit einem hohen Abschlag auf den Marktpreis verkauft werde, berichtete Bloomberg unter Berufung auf mit der Angelegenheit vertraute Personen und Händler.

„Staatseigene Unternehmen (von China – Anm. d. Red.), darunter Sinopec und Petrochina, verhandeln mit Lieferanten über den Kauf von Spot-LNG-Lieferungen aus Russland mit einem großen Rabatt“, so die Agentur.

Händler teilten der Agentur mit, dass dieses LNG mit einem Preisnachlass von mehr als 10 % im Vergleich zum regulären Angebotspreis auf dem Spotmarkt der Region (Japan, Südkorea und China) verkauft werde. Und während China derzeit aufgrund des warmen Wetters und der nachlassenden Angst vor Covid-19 keinen ernsthaften Mangel an LNG erlebt, würde es der Kauf solch billiger Rohstoffe dem Land ermöglichen, seine Tanks vor dem saisonalen Preisanstieg aufzufüllen.

Die Quellen sagten auch, dass sich die Händler vorerst mit großen Einkäufen zurückhielten, und einige Importeure erwögen, russische Firmen zu nutzen, um in deren Namen auf LNG-Käufe zu bieten, um ihre Pläne vor den Behörden anderer Länder zu verbergen.

„Dies würde dazu beitragen, ihre gezielten Aktivitäten zu verschleiern und den Eindruck zu erwecken, dass chinesische Unternehmen russische Gaslieferungen im Rahmen eines langfristigen Vertrags akzeptieren, wie es Unternehmen auf der ganzen Welt tun“, schreibt die Agentur. Kleinere LNG-Käufer täten sich jedoch schwer, Kreditgarantien für den Einkauf von Rohstoffen zu stellen, da die meisten Finanzinstitute, insbesondere in Singapur, eine Unterstützung verweigerten.

Die Agentur stellt fest, dass ein solcher Schritt den Aktionen chinesischer Raffinerien ähnele, die "heimlich billiges russisches Öl kaufen". ...



https://cdn21.img.ria.ru/images/155257/51/1552575119_0:161:3069:1887_1280x0_80_0_0_db5b9501697007126cd9a01721d607aa.jpg

12:35 de.rt.com: **Bundesregierung kündigt neues Sanktionspaket gegen Russland diese Woche an**

Nach dem Vorfall in der ukrainischen Stadt Butscha plane die Bundesregierung, bereits diese Woche neue Sanktionen gegen Moskau zu verhängen, gab Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck am Montag in Berlin bekannt. Er sagte:

"Wir haben gesehen, wie wirksam die Sanktionen sind, wir haben auch gesehen, wo wir möglicherweise Umgehungstatbestände haben, wir haben gesehen, wo wir weitere russische Güter untersagen können und damit die russische Wirtschaft weiter destabilisieren und schwächen können, und ich gehe davon aus, dass das diese Woche dann in einem weiteren fünften großen Sanktionspaket seinen Niederschlag finden wird."

Habeck kündigte zugleich seine Unterstützung für weitere Waffenlieferungen ohne Einschränkungen an:

"Die Lieferung von militärischem Gerät und Waffen sollte meiner Auffassung nach uneingeschränkt und in großem Umfang fortgesetzt werden."

Deutschland sei eine Verpflichtung zu Waffenlieferungen eingegangen, die nun nicht abreißen dürfe, so der Minister ferner. Dies gelte für die von seinem Haus zu erteilenden Ausfuhrgenehmigungen uneingeschränkt. Bei den Waffenlieferungen sei jedoch immer die Grenze zu beachten, dass "wir nicht selber Kriegspartei werden dürfen", fügte Habeck hinzu.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624acb28b480cc4a59153f07.jp>

12:46 de.rt.com: **Russlands Verteidigungsministerium: "Massaker von Butscha ist eine ukrainische False-Flag-Operation"**

Die Anschuldigungen der Kiewer Führung, das russische Militär habe in der Stadt Butscha Zivilisten massakriert, sind eine mediale False-Flag-Operation. Das erklärte das russische Verteidigungsministerium – mit evidenzbasierten Argumenten.

Das ukrainische Verteidigungsministerium legte jüngst Video-und Fotoaufnahmen aus der Stadt Butscha in der Region Kiew vor. Es sind dies Aufnahmen zahlreicher in den Straßen liegender Körper, einige von ihnen mit auf dem Rücken gefesselten Händen. Laut Berichten westlicher Medien handelt es sich um mehr als ein Dutzend getöteter Personen.

Im selben Atemzug beschuldigte Kiew das russische Militär, das sich vor mehreren Tagen aus der Stadt Butscha zurückgezogen hatte, ein Kriegsverbrechen, ein "Massaker" verübt zu haben. Westliche Medien übernahmen diesen Standpunkt unhinterfragt, in den westlichen Regierungen wurden unmittelbar im Anschluss Rufe nach neuen Sanktionen und weiteren Maßnahmen gegen Russland laut.

Doch wer die Menschen, die da angeblich getötet wurden, eigentlich sind und von wem sie gegebenenfalls getötet wurden, ist eine große Frage. Die Umstände der Veröffentlichung schreien förmlich zum Himmel hoch, dass es sich hier um eine vom Kiewer Regime inszenierte Aktion unter falscher Flagge handeln muss, die nahtlos in die mediale Kampagne gegen Russland eingebunden wurde. Argumente dafür brachte Russlands Verteidigungsministerium. Hier folgt die Erklärung des russischen Militärs im vollen Wortlaut:

"All die vom Kiewer Regime veröffentlichten Fotos und Videos, die angeblich irgendeine Art von 'Verbrechen' durch russische Streitkräfte in der Stadt Butscha in der Region Kiew bezeugen, sind eine weitere Provokation.

Während die Stadt unter der Kontrolle der russischen Streitkräfte stand, wurde kein einziger Einwohner Opfer von Gewalttaten. Die russischen Militärs haben 452 Tonnen humanitäre Hilfe in die Ortschaften der Region Kiew geliefert und an zivile Einwohner verteilt.

Die ganze Zeit, als die Stadt unter der Kontrolle der russischen Streitkräfte stand, von der Zeit danach ganz zu schweigen – bis heute – konnten sich die Einwohner in Butscha frei in der Stadt bewegen und die Mobilfunkkommunikation frei benutzen.

Die Ausfahrten aus der Stadt Butscha wurden nicht blockiert. Alle Einwohner hatten die Möglichkeit, sie frei in nördlicher Richtung zu verlassen, einschließlich in Richtung der Republik Weißrussland. Dabei wurde gleichzeitig der südliche Stadtrand samt Wohnvierteln rund um die Uhr von den ukrainischen Truppen mit großkalibriger Artillerie, Panzergeschützen und Mehrfachraketenwerfern beschossen.

Wir möchten besonders darauf hinweisen, dass sich alle russischen Einheiten bereits am 30. März, einen Tag nach der Gesprächsrunde zwischen Russland und der Ukraine in der Türkei, vollständig aus Butscha zurückgezogen haben.

Darüber hinaus bestätigte Anatoli Fedoruk, der Bürgermeister der Stadt Butscha, am 31. März in seiner Videobotschaft, dass sich niemand mehr vom russischen Militär in der Stadt befand. Einwohner, die mit gefesselten Händen auf der Straße erschossen worden seien, hat er dabei nicht erwähnt.

Daher ist es nicht verwunderlich, dass alle sogenannten 'Zeugnisse über Verbrechen' in Butscha erst am vierten Tag [nach Verlassen der Stadt durch russische Truppen] erschienen, als Mitarbeiter des ukrainischen Geheimdienstes SBU und Vertreter des ukrainischen Fernsehens in der Stadt ankamen.

Besonders besorgniserregend ist die Tatsache, dass alle Leichen der Menschen, deren Bilder vom Kiewer Regime veröffentlicht wurden, mindestens vier Tage [nach Ableben] keine

Leichenstarre und keine charakteristischen Leichenflecken aufweisen und sich in ihren Wunden noch ungeronnenes Blut befindet.

All dies bestätigt unwiderlegbar, dass die Foto- und Videoaufnahmen aus Butscha eine weitere Inszenierung des Kiewer Regimes für die westlichen Medien sind. Genauso wie es in Mariupol mit der Geburtsklinik sowie auch in anderen Städten der Fall war."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624acc69b480cc4bf8278c2f.jpg>

Ein ukrainischer Soldat soll laut der Nachrichtenagentur AP den Einsatz seiner Kompanie decken. Im Hintergrund gehen entspannt Soldaten und ein Filmteam ist im Einsatz. (Butscha / Ukraine, 2. April 2022)

13:55 (12:55) novorosinform.org: **Russland sieht in der Provokation von Butscha eine direkte Bedrohung der Sicherheit - Lawrow**

Die Ukraine habe zusammen mit westlichen Kuratoren einen weiteren Scheinangriff auf Russland gestartet, der mit Folgen für die internationale Sicherheit verbunden sei, sagte der russische Außenminister.

Am Vortag verteilte die Ukraine Fotos und Videoaufnahmen, die angeblich von den „Verbrechen“ russischer Soldaten in Butscha zeugten. Das Verteidigungsministerium der Russischen Föderation nannte diese Füllung eine weitere Provokation und betonte, dass während des Aufenthalts des russischen Militärs in der Stadt kein einziger Zivilist verletzt worden sei.

Sergej Lawrow erinnerte daran, dass sich die russischen Truppen am 30. März vollständig aus Butscha zurückgezogen hatten und der Bürgermeister der Stadt am 31. März feierlich sagte, dass alles in Ordnung sei. Zwei Tage später wurde eine Produktion gedreht, in der Russland "eine direkte Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit sieht".

Nach Angaben des russischen Außenministers habe Russland eine dringende Einberufung des UN-Sicherheitsrates zu dieser Situation gefordert, aber das Vereinigte Königreich, das diesen Monat den Vorsitz führt, habe dem nicht zugestimmt. Moskau werde sich erneut um eine Behandlung der Provokation von Butscha im Sicherheitsrat bemühen, stellte Lawrow fest.



https://novorosinform.org/content/images/23/46/42346_720x405.jpg

13:35 de.rt.com: **Medien: Biden verschärft Konflikt in der Ukraine, um US-Energiesektor zu reformieren**

US-Fernsehmoderator Tucker Carlson behauptet, Washington nutze den Ukraine-Konflikt, um den US-Energiesektor zu restrukturieren. Die US-Führung fache den Krieg an, um die Ölpreise in die Höhe zu treiben und somit einen Umstieg auf erneuerbare Energien zu rechtfertigen.

Die US-Regierung nutze die Situation in der Ukraine, indem sie den Konflikt mit Waffenlieferungen eskaliere, um vom Umbau des US-Energiesektors abzulenken, erklärte Tucker Carlson, Moderator des Fox News Channel.

Laut Carlson versuchen US-Präsident Joe Biden und seine Regierung, das derzeitige Energienetz des Landes, das auf der Nutzung fossiler Brennstoffe beruht, aufzuteilen und die Vereinigten Staaten zu hohen Kosten auf erneuerbare Energiequellen umzustellen. Um dies zu erreichen, pumpe Washington die Ukraine mit Waffen voll und verhängte Sanktionen gegen Russland, was die Kosten für Kohlenwasserstoffe in die Höhe treibe. Der Moderator stellte fest:

"Sie würden nicht gerne hören, dass Ihre Regierung das Leid von Millionen ukrainischer Bürger absichtlich verschlimmert, um das amerikanische Energienetz zu kapern, aber genau das scheint jetzt zu passieren."

Carlson weist darauf hin, dass sich die meisten US-Amerikaner unter normalen Umständen aus wirtschaftlichen Gründen weigern würden, freiwillig auf erneuerbare Energien umzusteigen, und dass es unmöglich sei, dies durch den US-Kongress vorzuschreiben. Kein Senator würde jemals dafür stimmen, da er wisse, dass seine Wähler dies nicht wollten.

Bidens Plan, so der Moderator, bestehe also darin, "fossile Brennstoffe für den Normalbürger unerschwinglich zu machen und ihm so keine andere Wahl zu lassen, als auf ein neues System umzusteigen".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624a9ee5b480cc4bc077f615.jpg>

13:40 de.rt.com: **Kalte Witterung: Russische Gaslieferungen unverändert hoch**

Wie dpa meldet, haben bislang weder die zunehmende Eskalation im Ukraine-Krieg noch die Umstellung der Gas-Zahlungen in Rubel die Transitlieferungen russischen Gases durch die Ukraine beeinträchtigt. Nachdem am Sonntag 108,4 Millionen Kubikmeter durch das Leitungssystem gepumpt wurden, sind für diesen Montag 108,3 Millionen Kubikmeter bestellt, teilte der Energiekonzern Gazprom laut Agentur Interfax mit. Beide Parameter entsprächen fast der vertraglich möglichen Tageshöchstmenge.

Die hohen Liefermengen sind teilweise auch durch den Wetterumschwung in Europa begründet. Nach einem Kälteeinbruch liegen die Werte in vielen Ländern deutlich unter den Durchschnittstemperaturen vergangener Jahre zu diesem Zeitpunkt. Damit besteht eine erhöhte Nachfrage nach Gas als Brennstoff. Ungeachtet des Krieges in der Ukraine läuft der Gastransit durch das Nachbarland, das daraus wichtige Durchleitungsgebühren bezieht, seit dem 24. Februar in hohem Umfang weiter.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624adaebb480cc4b3955d679.jpg>

14:55 (13:55) ria.ru: Der stellvertretende polnische Premierminister forderte, die russische Kultur aus der Gesellschaft zu entfernen

Der stellvertretende Ministerpräsident Polens, Minister für Kultur und nationales Erbe, Piotr Glinski, sagte, dass die russische Kultur aus dem öffentlichen Raum verschwinden sollte.

"Im Moment ist nicht die Zeit für russisches Ballett, es ist keine gute Saison für Tschechow oder sogar Puschkin. Ich spreche gar nicht vom Alexandrow-Ensemble", sagte Glinski vor Reportern in Luxemburg, wo der EU-Rat für Bildung, Jugend, Kultur und Sport (EYCS)

tagte.

„Die russische Kultur muss aus dem öffentlichen Raum verschwinden. Wir schätzen die Errungenschaften dieser Kultur in Musik oder Literatur. Sie sind auf höchstem Niveau, aber wir haben es mit einem Land zu tun, das verrückt geworden ist“, fügte er hinzu. Früher wurde berichtet, dass kulturelle Veranstaltungen mit Bezug zu Russland, Festivals, Produktionen russischer Autoren usw. in Polen massiv abgesagt wurden.

Westliche Länder haben wegen der Ukraine neue Sanktionen gegen die Russische Föderation angekündigt. Diese betreffen russische Kulturschaffende, im Ausland studierende Studenten sowie russische Sportler. Der russische Präsident Wladimir Putin sagte dazu, dass im Westen die Diskriminierung von allem, was mit Russland zu tun hat, voranschreite, russische Schriftsteller und Bücher verboten sind, was aber in unserem Land nicht vorstellbar sei, hier gebe es keinen Platz für ethnische Intoleranz.

Zuvor erklärte die offizielle Vertreterin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, dass Polen mit der Zerstörung der Beziehungen zu Russland beschäftigt sei. Wie der stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrates der Russischen Föderation, Dmitri Medwedew, gegenüber RIA Novosti sagte, verfolge Polen seit zehn Jahren eine proamerikanische, frostige russophobe Politik, ein solcher Kurs sei nichts als politischer Schwachsinn.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e5/0b/12/1759667704_0:11:3072:1739_1280x0_80_0_0_e6489caf3729777446c57a2fae2c9175.jpg

15:32 (14:32) ria.ru: **Russland öffnet die Landgrenze zu China**

Russland erlaubt die Ausreise von Russen und die Einreise von Ausländern über die Landgrenze zu China

Seit dem 9. April hebt Russland die Beschränkungen für die Ausreise von Russen sowie für die Einreise von Ausländern über den Landabschnitt der Grenze zu China auf, wurde Journalisten vom operativen Stab zur Bekämpfung der Ausbreitung des Coronavirus mitgeteilt.

„Außerdem hat der operative Stab beschlossen, ab dem 9. April die Beschränkungen für die Ausreise russischer Staatsbürger sowie für ausländische Staatsbürger und Staatenlose über die Landgrenze zwischen Russland und der Volksrepublik China aufzuheben“, heißt es in der Mitteilung.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/01/0c/1767488366_0:316:3077:2047_1280x0_80_0_0_f1cf3970588a4521a417c10932fe74e2.jpg

15:40 (14:40) ria.ru: **Die Goldmine Kumtor in Kirgisistan wurde vollständig verstaatlicht**
Hundert Prozent der Anteile an der Goldlagerstätte Kumtor seien an (den Staat) Kirgisistan transferiert worden, sagte Präsident Sadyr Schaparow am Montag in einer Ansprache an die Bevölkerung.

„Hundert Prozent der Anteile von Kumtor wurden an die Kirgisische Republik transferiert“, sagte der Staatschef. Alle Streitigkeiten mit der kanadischen Firma Centerra, die das Feld früher erschlossen hat, seien beigelegt.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e5/07/07/1740273602_0:85:1680:1030_1280x0_80_0_0_984b8684989a7e03034a66cf7387f746.jpg

15:45 (14:45) novorosinform.org: **Die erste Aussaatkampagne in der Nähe von Mariupol begann in der DVR**

In der Nähe des Dorfes Wolodarskoje, nordwestlich von Mariupol, haben die Donezker Landwirte mit der Frühlingsaussaat begonnen.

Das Ministerium für Agrarindustrie der DVR berichtet, dass die Landwirte im befreiten Bezirk Wolodarskij mit der Aussaat von Sommergerste begonnen haben. Dies ist der erste Fall des Beginns der Aussaat in den befreiten Gebieten der Republik.

Die Problematik der Minenräumung von Ackerland wurde bereits von Bewohnern des Dorfes Sartana bei einem Besuch des Leiters der DVR angesprochen. Ende März begann in der Republik die Aussaat von Vorfrühlingsgetreide und Hülsenfrüchten sowie Industriekulturen. Es sei daran erinnert, dass die Ingenieurtruppen des südlichen Militärbezirks der Russischen Föderation damit begonnen haben, Minenfelder im Süden der Region Cherson zu räumen, wo ukrainische Nationalisten Panzer- und Antipersonenminen hinterlassen haben.



https://novorosinform.org/content/images/23/52/42352_720x405.jpg

15:51 (14:51) rusvesna.su: **Russland nimmt Flüge in mehr als fünfzig Länder wieder auf**

Ab dem 9. April hebt die Regierung der Russischen Föderation die Coronavirus-Beschränkungen für Flugreisen zwischen der Russischen Föderation und einer Reihe anderer Länder auf. Der Flugverkehr wird laut Mischustin mit 52 Ländern wieder aufgenommen.

„Ich möchte Sie über die neuesten Anti-Krisen-Maßnahmen informieren, das sind Entscheidungen, die im operativen Stab getroffen werden“, sagte der russische Ministerpräsident Michail Mischustin bei einem Treffen mit Vertretern der Fraktion „Einiges Russland“ vor dem Regierungsbericht in der Staatsduma.

„Zunächst möchte ich einige Worte zu dem heute unterzeichneten Dokument sagen, auf das ich mich gefreut habe, wie auch die Luftverkehrsbranche und natürlich unsere Bürger – ab dem 9. April heben wir die Beschränkungen wegen der Coronavirus-Infektion, die unsere Linien- und Charterflüge betraf, Flüge zwischen Russland und einer Reihe anderer Länder, wieder auf.“

Die Inzidenzrate ist rückläufig, was bedeutet, dass es an der Zeit ist, die für unsere russischen Fluggesellschaften verfügbaren Ziele zu erweitern.

Derzeit können sie ohne Einschränkungen in 15 Länder fliegen, darunter eine Reihe von EAWU-Staaten, Katar, Mexiko und einige andere, und nun nehmen wir den Flugverkehr mit 52 Ländern wieder auf, darunter Argentinien, Indien, China, Südafrika und andere befreundete Staaten für uns“, sagte der Ministerpräsident.

Gleichzeitig betonte er, dass auch der Inlandstourismus unterstützt werde.

„Im Rahmen des nationalen Tourismusprojekts können Investoren, die in den Bau von Hotels investieren, die Fremdkapitalkosten erheblich senken. Für sie wurde ein Programm für konzessionäre Kredite zu einem Zinssatz von 5 % entwickelt“, erinnerte der Regierungschef.

Liste der Länder

Der operative Stab zur Verhinderung der Einschleppung und Verbreitung des Coronavirus gab seinerseits bekannt, dass unter Berücksichtigung der epidemiologischen Situation in einzelnen Ländern beschlossen wurde, die Beschränkungen für Linien- und Charterflüge mit 52 Staaten ab dem 9. April vollständig aufzuheben: Algerien, Argentinien, Afghanistan, Bahrain, Bosnien und Herzegowina, Botswana, Brasilien, Venezuela, Vietnam, Hongkong, Ägypten, Simbabwe, Israel, Indien, Indonesien, Jordanien, Irak, Kenia, China, Nordkorea, Costa Rica, Kuwait, Libanon, Lesotho, Mauritius, Madagaskar, Malaysia, Malediven, Marokko, Mosambik, Moldawien, Mongolei, Myanmar, Namibia, Oman, Pakistan, Peru, Saudi-Arabien, Seychellen, Serbien, Syrien, Thailand, Tansania, Tunesien, Türkei, Uruguay, Fidschi, Philippinen, Sri Lanka, Äthiopien, Südafrika und Jamaika.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/polet_samolet.jpeg

15:11 de.rt.com: **Wall Street-Bank warnt: US-Dollar droht Dominanz zu verlieren**

Eine Studie von Goldman Sachs warnt, dass der US-Dollar seine Dominanz verlieren könnte wie einst das britische Pfund. Ein Grund hierfür könnte die hohe US-Verschuldung sein, die ausländische Investoren davon abschrecke, mehr von dieser Währung in Reserve zu halten. Der US-Dollar hat mit einigen der gleichen Herausforderungen zu kämpfen wie das britische Pfund in den frühen 1900er-Jahren, bevor es den Niedergang antrat. Darauf wies Goldman Sachs in einem am Donnerstag veröffentlichten Forschungspapier hin. Die Wall Street Bank warnt davor, dass der Greenback seine globale Vormachtstellung bald verlieren könnte. Laut der Studie, die dem Business Insider vorliegt, hat der Schritt Washingtons und seiner Verbündeten, einen Großteil der Devisenreserven der russischen Zentralbank einzufrieren, die Besorgnis geweckt, dass sich Länder vom US-Dollar abwenden könnten. Die Analysten begründeten dieses Risiko mit der Sorge um die Macht, die der US-Dollar den USA verleiht. Zu den von Goldman Sachs genannten Herausforderungen gehört auch die Tatsache, dass der Anteil der USA am Welthandel im Vergleich zur Dominanz ihrer Währung im weltweiten Zahlungsverkehr relativ gering ist. Ein weiteres Problem sei die sich verschlechternde Nettoauslandsvermögensposition des Landes, die mit steigenden Auslandsschulden einhergeht. Darüber hinaus ist das Land mit geopolitischen Problemen konfrontiert, wie etwa dem Konflikt in der Ukraine.

Die Ökonomen der Wall Street Bank wiesen auch darauf hin, dass die hohe Verschuldung der USA ein besonderes Problem darstellen könnte, da das Land ein großer Importeur von Waren sei.

Das britische Pfund, das einst die Weltreservewährung war, wurde Mitte des 20. Jahrhunderts vom US-Dollar verdrängt. Nachdem Großbritannien im Zweiten Weltkrieg riesige Schulden angehäuft hatte, zögerten internationale Investoren, das Pfund zu halten.

Die Analysten stellten fest:

"Wenn man zulässt, dass die Schulden eines Emittenten einer Reservewährung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt ansteigen, kann es passieren, dass Ausländer zögern, mehr davon zu halten."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624ac57fb480cc4b3955d659.jpg>

16:10 (15:10) ria.ru: **Estland will am 9. Mai die Verwendung sowjetischer Symbole verhindern**

Die estnische Polizei will am 9. Mai auch gegen die Verwendung russischer Symbole vorgehen.

Die estnische Polizei werde sich am 9. Mai der Verwendung sowjetischer und russischer Militärsymbole widersetzen, sagte der Leiter der Polizei- und Grenzschutzabteilung, Elmar Vaher, am Montag.

Der Tag des Sieges wird jährlich von Tausenden von Esten gefeiert. In Tallinn wird das Denkmal des Befreiungssoldaten, bekannt als „Bronzesoldat“, zum Mittelpunkt des Festes.

„Der Auftritt beim ‚Bronzenen Soldaten‘ am 9. Mai mit Symbolen, die die Aggression rechtfertigen, sei es die Uniform der sowjetischen Armee oder das St.-Georgs-Band, sind aus Sicht der Polizei unzulässig“, sagte Vaher dem estnischen Rundfunkportal ERR.

Laut Vaher verbiete die Polizei nicht, am 9. Mai das Andenken an die Toten zu ehren. Dies werde jedoch nicht im Rahmen öffentlicher Versammlungen und Veranstaltungen, die eine klare Unterstützung für Russlands Spezialoperation zur Entmilitarisierung der Ukraine demonstrieren, erlaubt sein.

Auf die Frage, wie sich die Polizei verhalten würde, wenn jemand in Uniform der sowjetischen Armee, mit einem St.-Georgs-Band oder anderen russischen Militärsymbolen zum Denkmal käme, antwortete Vaher, dass die Polizei dazu auffordern würde, sie zu entfernen.

Der Polizeichef wies darauf hin, dass die Situation mit den Symbolen und der Strafe für ihre Verwendung aus rechtlicher Sicht noch ungewiss sei, da es noch keine Gesetzgebungsakte gebe, die das Verbot vorsehen. Vaher erklärte, er hoffe, dass das Parlament im verbleibenden Monat Entscheidungen treffen werde, die der Polizei mehr Freiheit geben würden, die Verwendung russischer Symbole zu unterbinden.

Die Aktion "Georgsband" ist der Feier des Siegestages im Großen Vaterländischen Krieg gewidmet. Die Idee zu der Aktion entstand 2005 bei der Agentur RIA Novosti, die heute Teil der Nachrichtenagentur Rossiya Segodnya ist. Zur gleichen Zeit fand die erste Aktion statt, und seitdem ist das Binden eines Bandes am Vorabend des 9. Mai zur Tradition geworden.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e5/05/11/1732682620_0:92:3322:1961_1280x0_80_0_0_b237d0d527b95110621aef59d2a1126e.jpg

16:16 (15:16) rusvesna.su: **Spezialeinheiten der russischen Nationalgarde vernichteten ukrainische Saboteure und eine Produktionsstätte Munition in der Nähe von Kiew**

Die Spezialeinheiten der russischen Nationalgarde vernichteten eine ukrainische Sabotagegruppe und eine Werkstatt zur Herstellung von Munition in der Nähe von Kiew. Wie mitgeteilt wurde, verfolgte eine Spezialeinheit der russischen Garde bei Aufklärungs- und Suchaktivitäten in der Region Kiew eine feindliche Sabotagegruppe.

Von den Bewohnern eines Dorfes erfuhr die Nationalgarde, dass ukrainische Nationalisten, die im Rücken der russischen Truppen operierten, in eines der leerstehenden Häuser flüchten könnten.

Um die Saboteure nicht abzuschrecken, wurde in einem nahe gelegenen Gebäude ein Hinterhalt organisiert und im Keller des Hauses ein kontrollierter Sprengsatz installiert. Dank der kompetenten Aktionen des Pioniers der russischen Garde, Unteroffizier A. Malzew, wurde die gesamte Sabotage- und Aufklärungsgruppe der Nationalisten zerstört.

Außerdem entdeckten die Spezialeinheiten der russischen Garde eine Werkstatt zur Herstellung von Munition in der Region Kiew. Pioniere der Abteilung zerstörten sie zusammen mit der darin befindlichen Ausrüstung.

15:30 de.rt.com: **Selenskij besucht Butscha und verspricht, Stadt so bald wie möglich zum normalen Leben zurückzubringen**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat am Montag die Städte Butscha, Irpin und Stojanka besucht. Am Samstagabend hatte die Veröffentlichung der Fotos von getöteten Menschen in Zivilkleidung, die auf den Straßen von Butscha liegen, für Erschütterung bei der internationalen Gemeinschaft gesorgt. Die Humans Rights Watch versprach darauf, Beweise für Kriegsverbrechen in Butscha zu sammeln. Selenskij versicherte seinerseits, alles Mögliche zu tun, um diese durch den Krieg zerstörten Städte so bald wie möglich zu einem normalen Leben zurückzubringen.

Ein BBC-Journalist soll Selenskij während des Besuches gefragt haben, ob er die Friedensverhandlungen mit Russland noch für möglich halte. Der ukrainische Präsident sagte darauf:

"Ja, weil die Ukraine den Frieden finden muss. Wir leben in Europa im 21. Jahrhundert. Wir werden unsere diplomatischen und militärischen Bemühungen fortsetzen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624af7d448fbef775e40f01e.jpg>

16:38 (15:38) novorosinform.org: **Die Versammlung der Gemeindevorsteher von Mariupol hat das Referendum von 2014 anerkannt und über die Kandidatur des neuen Bürgermeisters der Stadt entschieden**

Konstantin Iwaschtschenko ist eine bekannte Persönlichkeit in der Stadt, er leitete viele Jahre das Asowmasch-Werk.

Das Treffen der Gemeindevorsteher von Mariupol hat die Ergebnisse des Referendums 2014 über die Unabhängigkeit der DVR anerkannt und einen Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters nominiert, berichtet der Telegram-Kanal „Donbass entscheidet“.

Nach der getroffenen Entscheidung soll Konstantin Iwaschtschenko, eine bekannte Persönlichkeit in der Stadt, neuer Leiter der Stadtverwaltung von Mariupol werden. Er arbeitete viele Jahre als Generaldirektor des Mariupoler Asowmasch-Werks. In den letzten Jahren war er Abgeordneter des Stadtrats für die „Oppositionsplattform für das Leben“.



https://novorosinform.org/content/images/23/55/42355_720x405.jpg

15:55 de.rt.com: **Litauen und Lettland fahren diplomatische Beziehungen mit Russland zurück**

Litauen und Lettland stufen die diplomatischen Beziehungen zu Russland herab. Das haben die Außenminister der baltischen Republiken, Gabrielius Landsbergis und Edgars Rinkēvičs, erklärt.

Dazu gehört unter anderem, dass Litauen seinen Botschafter aus Moskau abberuft und den

russischen Botschafter aus Vilnius ausweist. Außerdem teilte das Land mit, das russische Konsulat in Klaipėda zu schließen.

Vonseiten Lettlands wurden zunächst keine genauen Schritte zur Reduzierung diplomatischer Beziehung mit Moskau angekündigt. Konkrete Entscheidungen würden bekannt gegeben, sobald die internen Verfahren abgeschlossen seien, schrieb Rinkēvičs auf Twitter.

Die beiden Außenministerien gaben die Ereignisse in der ukrainischen Stadt Butscha als Grund für die Beschlüsse an. In einer Reaktion auf die Ankündigungen versicherte das russische Außenministerium, dass die Antwort Moskaus nicht lange auf sich warten lassen werde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624af4adb480cc4bf8278c68.jpg>

17:14 (16:14) novorosinform.org: **In der russischen Staatsduma wurden Abgeordnetengruppen für die Beziehungen zu den Parlamenten der DVR und LVR gebildet**

Der Rat der Staatsduma beschloss, Arbeitsgruppen für die Beziehungen zu den Parlamenten der Volksrepubliken Donezk und Lugansk unter der Leitung der Abgeordneten Dmitri Sablin und Wiktor Wodolazkij einzurichten.

Der Vorsitzende der Staatsduma Wjatscheslaw Wolodin hat dies auf seinem Telegram-Kanal mitgeteilt und dabei die Bedeutung der Entwicklung der Beziehungen im Rahmen der interparlamentarischen Zusammenarbeit betont.

In der Botschaft wies Wolodin auch darauf hin, dass der Abgeordnete der Staatsduma Adam Delimchanow zusammen mit seinen Landsleuten, russischen Nationalgardisten aus der Tschetschenischen Republik, seit Beginn der militärischen Spezialoperation im Donbass sei. Zuvor hatte die Staatsduma vorgeschlagen, das Eigentum der ukrainischen Oligarchen zu beschlagnahmen.



https://novorosinform.org/content/images/23/57/42357_720x405.jpg

16:20 de.rt.com: **Social-Media-Berichte: Video der ukrainischen Nationalpolizei führt angeblich zu Uneinigkeit in Kiewer Präsidentenadministration**

Angeblich soll das Video der ukrainischen Nationalpolizei (abrufbar beispielsweise [hier](#)) am Sitz des Kiewer Präsidenten zu einem Skandal geführt haben. Dies [meldet](#) der Telegram-Kanal Poddubnyj.

Der Clip, der das Einrücken der ukrainischen Polizeieinheiten zeigt, sei auf Anweisung des stellvertretenden Innenministers Anton Geraschtschenko veröffentlicht worden. Das Filmmaterial steht in offensichtlichem Kontrast zu den offiziellen Kiewer Verlautbarungen über ein russisches Massaker in Butscha.

Poddubnyj schreibt, der Berater des ukrainischen Präsidenten Selenskij, Alexei Arestowitsch, habe das Vorgehen von Geraschtschenko als "bewusste Provokation" bezeichnet.

Nach Meinung von Poddubnyj entlarven die vermutlichen Unstimmigkeiten zwischen offiziellen ukrainischen Erklärungen und dem Bild-/Videomaterial aus Butscha die Kiewer Darstellung als Propaganda.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624afb7db480cc14356e6312.png>

16:45 de.rt.com: **Gazprom Germania: Berlin greift zu**

Im Erdgas-Streit mit Russland greift die deutsche Bundesregierung zu einem ungewöhnlich scharfen Mittel. Die Bundesnetzagentur soll die Kontrolle über die deutsche Tochtergesellschaft des russischen staatlichen Erdgaskonzerns Gazprom übernehmen.

Gazprom Germania: Berlin greift zu

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hat verkündet, dass die Bundesnetzagentur als Treuhänderin für die deutsche Tochter des russischen Staatskonzerns Gazprom eingesetzt werden soll. Das berichtete die Deutsche Presse-Agentur. Der Grünen-Politiker begründete diesen Schritt mit angeblich unklaren Rechtsverhältnissen sowie einem mutmaßlichen Verstoß gegen Meldevorschriften.

Zuvor hatte der Spiegel Online berichtet, dass Gazprom in den letzten Tagen versucht haben soll, Anteile der Berliner Tochterfirma im Wert von 226 Millionen Euro auf eine Organisation mit Sitz in Russland umzuschichten. Dem Nachrichtenportal zufolge könne es sich hierbei um einen Versuch handeln, einer Verstaatlichung durch Berlin zuvorzukommen.

Berlin wirft dem Tochterunternehmen des russischen Staatskonzerns vor, die Füllhöhe der Gasspeicher künstlich niedrig zu halten, um sie als Druckmittel gegen Deutschland einzusetzen. Zudem gab es zuletzt massiven Druck gegen den Konzern im Zuge der Russlandsanktionen.

Auch Rosneft Deutschland, eine Tochtergesellschaft des staatlichen russischen Erdölkonzerns, steht aktuell unter ähnlich hohem Druck.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624b067c48fbef74fe63a332.jpg>

16:50 de.rt.com: **EU-Kommission will Ermittler nach Butscha entsenden**

Die Europäische Kommission beabsichtigt, Ermittler in die ukrainische Stadt Butscha zu schicken, um dort begangene "Kriegsverbrechen" zu dokumentieren. Dies teilte EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen am Montag via Twitter mit. Sie erklärte: "Ich habe mit Präsident Selenskij über die grausame Ermordung von Zivilisten in Butscha und anderswo in der Ukraine gesprochen. Die EU ist bereit, in Abstimmung mit dem ukrainischen Generalstaatsanwalt gemeinsame Ermittlungsgruppen zur Dokumentation von Kriegsverbrechen zu entsenden."

Die Ermittlungen würden von Europol und Eurojust unterstützt, fügte von der Leyen hinzu.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624b01d6b480cc1566145d49.jpg>

17:20 de.rt.com: **Finanzminister Lindner spricht sich für schnellstmögliche Beendigung von wirtschaftlichen Beziehungen mit Russland aus**

Bundesfinanzminister Christian Lindner hat sich dafür eingesetzt, grundsätzlich alle wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland schnellstmöglich zu beenden. Deutschland wolle so schnell wie möglich unabhängig von Energieimporten aus Russland werden, sagte der FDP-Politiker am Rande eines Treffens der Eurogruppe am Montag. Das brauche allerdings Zeit. Man müsse zudem zwischen Gas, Kohle und Öl differenzieren, da es unterschiedlich lange dauere, sie zu ersetzen, sagte Lindner.

Gleichzeitig schloss er aber auch trotz der Ereignisse im ukrainischen Butschka ein sofortiges Embargo von russischem Gas zunächst aus. Lindner wörtlich:

"Wir müssen scharfe Sanktionen vorsehen, aber Gas ist kurzfristig nicht substituierbar."

Damit würde die Bundesrepublik sich selbst mehr schaden als Russland, so Lindner.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624b05ea48fbef7917586b92.jpg>

17:40 de.rt.com: **USA wollen Russland aus UN-Menschenrechtsrat ausschließen**

Im Zusammenhang mit dem Massenmord an der Zivilbevölkerung in der Stadt Butschka werden die USA die Frage des Ausschlusses Russlands aus dem UN-Menschenrechtsrat auf die Agenda stellen. Dies erklärte am Montag die US-Botschafterin bei der UNO Linda Thomas-Greenfield. Reuters zitiert die Diplomatin:

"Die Mitgliedschaft Russlands im Menschenrechtsrat ist eine Farce. Das ist falsch, deshalb glauben wir, dass es Zeit für die UN-Generalversammlung ist, für seinen Ausschluss zu stimmen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624b0c34b480cc604d62b040.jpg>

abends:

18:10 de.rt.com: **Biden ruft dazu auf, Putin wegen Kriegsverbrechen vor Gericht zu stellen**

Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung von Fotos getöteter Zivilisten auf den Straßen der Stadt Butscha hat US-Präsident Joe Biden am Montag erklärt, der russische Präsident Wladimir Putin sollte wegen dieser Kriegsverbrechen vor ein Tribunal seiner Armee gestellt werden. Außerdem versprach der US-Staatschef, die Sanktionen gegen Russland zu verschärfen und mit den Waffenlieferungen in die Ukraine fortzufahren. Auf die Frage eines Journalisten, ob er die Tötungen von Zivilisten in Butscha wie Selenskijs einen Völkermord nennen würde, antwortete Biden mit Nein.

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, reagierte auf den Aufruf Bidens mit dem Vorschlag, ein Gerichtsverfahren und Ermittlungen zu den Kriegsverbrechen in Jugoslawien und Irak zu starten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624b17afb480cc1486534500.jpg>

19:21 (18:21) novorosinform.org: **Mehr als 200 Marinesoldaten der ukrainischen Marine ergaben sich in Mariupol**

Das 501. separate Bataillon der Marineinfanterie beendete den sinnlosen Widerstand gegen die russischen Befreiungstruppen.

In der Nacht zum 4. April ergaben sich mehr als zweihundert Marinesoldaten der ukrainischen Marine der DVR-Armee in Mariupol. Daniil Bessonow, stellvertretender Informationsminister der DVR, gab dies auf seinem Telegram-Kanal bekannt.

Ihm zufolge beschlossen alle überlebenden Marinesoldaten des 501. separaten Bataillons, den sinnlosen Widerstand in der belagerten Stadt zu beenden.

„Heute Nacht haben sich in Mariupol ukrainische Marineinfanteristen des 501. separaten Bataillons der Marineinfanterie der ukrainischen Marine im vollständigen überlebenden Bestand (mehr als 200 Personen) in ergeben“, heißt es in dem Bericht.



https://novorosinform.org/content/images/23/64/42364_720x405.jpg

18:40 de.rt.com: **Berlin erklärt 40 russische Diplomaten zu "unerwünschten Personen"**

Laut dpa hat die deutsche Bundesregierung 40 russische Diplomaten in Deutschland zu "unerwünschten Personen" erklärt.

Es handele sich dabei um Angehörige der russischen Botschaft, "die hier in Deutschland jeden Tag gegen unsere Freiheit, gegen den Zusammenhalt unserer Gesellschaft gearbeitet haben", behauptete Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) am Montag in Berlin.

Werden Diplomaten zu unerwünschten Personen erklärt, kommt dies praktisch einer Ausweisung gleich.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624b1968b480cc14306badf5.jpg>

20:08 (19:08) novorosinform.org: **Das Pentagon erklärte, es gebe keine Bestätigung der ukrainischen Version der Ereignisse in Butscha**

Ein hochrangiger Pentagon-Beamter sagte, dass die Vereinigten Staaten keine unabhängige Bestätigung von Informationen über zahlreiche zivile Opfer im ukrainischen Bucha erhalten haben, berichtet RIA Novosti.

Der US-Militärbeamte kommentierte die Informationen über das „Butscha-Massaker“ und weigerte sich, die Beteiligung Russlands an der Tötung von Zivilisten zu bestätigen, und stellte fest, dass das Pentagon dies nicht unabhängig bestätigen könne.

Dagegen bezeichnete US-Präsident Joe Biden den russischen Staatschef als Kriegsverbrecher und forderte wegen der Ereignisse in Butscha auch neue Sanktionen gegen Moskau.



https://novorosinform.org/content/images/23/67/42367_720x405.jpg

19:50 de.rt.com: **Russische Soldaten, die aus ukrainischer Gefangenschaft zurückkehrten, berichten von Folter**

Im Gespräch mit Journalisten haben die russischen Soldaten, die aus ukrainischer Gefangenschaft zurückgekehrt sind, von grausamer physischer Gewalt im Umgang mit den Gefangenen berichtet. Berichten zufolge waren einige russische Soldaten in Haft zu Tode geprügelt worden. Die Gefangenen hätten kein Essen bekommen und seien in der Nacht ständig geweckt worden. Einer der Soldaten berichtete von der Tötung eines der Gefangenen: "Du liegst mit einem Band über den Augen, und die ganze Sporthalle hört die Schmerzscreie dieser Person. Sie klangen aber bald ab, und am Morgen sagten sie uns: 'Wusstet ihr überhaupt, dass ihr in der Nähe einer Leiche geschlafen habt?'"

Ein weiterer Soldat soll laut einem anderen Bericht in einem Keller am Blutverlust aufgrund heftiger Schläge gestorben sein.

20:20 de.rt.com: **Russische Generalstaatsanwaltschaft leitet Untersuchung zu Aufnahmen aus Butscha ein und verweist auf Video vom 31. März**

Die russische Generalstaatsanwaltschaft hat eine Untersuchung zu den Aufnahmen aus der Stadt Butscha eingeleitet. Sie weist in diesem Zusammenhang auf ein Video hin, das der Chef der lokalen Verwaltung am 31. März veröffentlicht hatte. In diesem Video berichtet er auf eher heitere Weise, dass der 31. März als Tag der Befreiung von Butscha in die Geschichte eingehen sollte. An diesem Tag seien die ukrainischen Truppen in die Stadt einmarschiert. Auch einige Medien berichteten am 31. März, dass die Stadt jetzt unter Kontrolle der Ukraine stehe. Die russischen Truppen sollen Butscha zu diesem Moment vollständig verlassen haben.

21:49 (20:49) novorosinform.org: **Das Verteidigungsministerium der Ukraine sprach von**

der Gefahr des Verlustes von Charkow

Laut dem Sprecher des Ministeriums Alexander Motusjanik, bereiten russische Truppen eine Operation zur Befreiung der Stadt vor.

Die Streitkräfte der Russischen Föderation bereiteten eine Operation zur Befreiung von Charkow vor. Die Ukraine könnte die Kontrolle über diese Stadt verlieren. Dies teilte der Sprecher des Verteidigungsministeriums der Ukraine, Alexander Motusjanik, am Montag, dem 4. April, mit.

Ihm zufolge sei die Eroberung von Charkow neben der Einkreisung der BFU-Gruppierung im Donbass eines der beiden Hauptziele der russischen Truppen.

„Zu diesem Zweck richtet der Feind Logistikrouten für die Truppengruppierung ein, legt Vorräte an Munition, Raketen, Treibstoff und Schmiermitteln an“, sagte Motusjanik.



https://novorosinform.org/content/images/23/70/42370_720x405.jpg

21:30 de.rt.com: Auch Paris beschließt Ausweisung von bis zu 35 russischen Diplomaten

Wie RIA Nowosti meldet, hat Frankreich beschlossen, russische Diplomaten auszuweisen, deren Verhalten nach Ansicht von Paris der Sicherheit des Landes zuwiderlaufe, wie aus einem Kommuniqué des französischen Außenministeriums hervorgeht. Die Anzahl der betroffenen Diplomaten und die Begründung entsprechen ungefähr der Linie dessen, was das deutsche Auswärtige Amte zuvor beschlossen hatte.

"Frankreich hat heute Abend beschlossen, eine Reihe von russischen Mitarbeitern mit Diplomatenstatus auszuweisen, deren Handlungen unseren Sicherheitsinteressen zuwiderlaufen", heißt es in dem Dokument.

Verschiedenen Quellen zufolge handelt es sich um etwa 30 Russen: Der Fernsehsender BFM sprach von 30 Personen, während Agence France-Presse die Zahl auf 35 bezifferte.

Aus Moskau verlautete, man werde auf den Schritt Frankreichs symmetrisch antworten. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa erklärte, Moskau werde "mit einer würdigen Antwort" reagieren.

Darüber hinaus stuften Litauen und Lettland heute ihre diplomatischen Beziehungen zu Russland herab und beriefen ihre Botschafter aus Moskau ab. Die russischen Gesandten müssen Riga und Vilnius verlassen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624b3afe48fbef7c632fde80.jpg>